

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Schwere Differenzen bei Krankenversicherung

Bern (AP) Trotz Bereinigung zahlreicher Differenzen bestehen bei der Krankenversicherungsvorlage noch schwerwiegende Gegensätze zwischen den beiden Räten. Bei der Prämiensubventionierung durch die Kantone bleibt die Grosse Kammer weiterhin bei einer Milliarde Franken, will aber den Ständen mehr Flexibilität gewähren. Der Risikoausgleich bleibt auf zehn Jahre befristet.

Stabilisierung der Weltbevölkerung gefordert

Bern (AP) Die Schweiz soll sich an der internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung im September in Kairo für eine schrittweise Stabilisierung der Weltbevölkerung sowie für eine effizientere und gerechtere Nutzung der vorhandenen Ressourcen einsetzen. Dies liege in der Verantwortung der Industrieländer, teilte die beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe am Dienstag mit.

Teilweise grosse Lawinengefahr

Davos (AP) Grosse Lawinengefahr herrscht derzeit in weiten Teilen der Schweizer Alpen. Im Oberengadin, den Südtälern Graubündens und im Tessin ist nach teils starken Schneefällen mit spontanen Lawenniederläufen zu rechnen, wie das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung Weissfluhjoch/Davos am Dienstag mitteilte. Im Südosten der Schweizer Alpen schneite es gemäss dem jüngsten Lawinenbulletin in der Nacht auf Dienstag nochmals teils erheblich: Im Oberengadin und in den Bündner Südtälern wurden 30 bis 60 Zentimeter Neuschnee gemessen, im Tessin, im Unterengadin sowie in Nord- und Mittelbünden zehn bis 30 Zentimeter.

Landammann soll abgeschafft werden

Herisau (AP) In Appenzell-Ausserrhoden soll der Landammann abgeschafft werden. Stattdessen soll der oberste Regierungsrat künftig den Titel Regierungspräsident oder Regierungspräsidentin tragen, wie die vom Kantonsrat eingesetzte Verfassungskommission am Dienstag mitteilte. Der definitive Entscheid über den Namenswechsel soll an der Landsgemeinde 1995 fallen.

Verkehrsprobleme: Ökonomie und Ökologie müssen stimmen

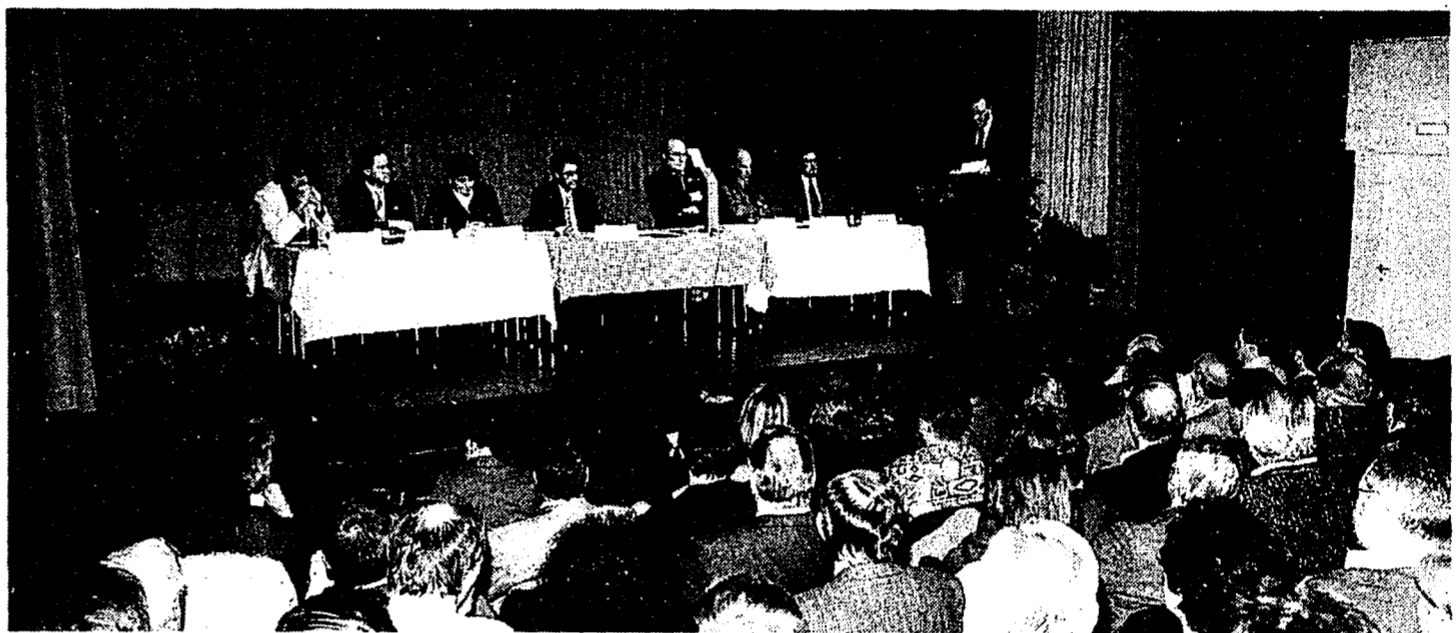
Öffentliche Diskussion im Theater am Kirchplatz über Verkehrsprobleme, Förderung des öffentlichen Verkehrs und Ideenwettbewerb

(G.M.) – Die Probleme sind bekannt, die Ursachen erforscht – nun braucht es politischen Mut, um Zeichen zu setzen für eine Verbesserung der Verkehrssituation und für eine Verringerung des privaten Motorfahrzeugverkehrs. Zu dieser Kurzsammenfassung der öffentlichen Diskussionsveranstaltung, zu der die Akademische Verbindung Rheinmark am Dienstag abend ins Theater am Kirchplatz eingeladen hatte, kommt die Aufforderung an alle hinzu, selbst ebenfalls etwas zur Verringerung des Problems beizutragen.

«Zum Verkehr tragen alle bei», erklärte Dr. Norbert Seger in seiner Einführung in den Diskussionsabend, «die sich von einem Ort zum anderen bewegen.» Er schnitt in seinen einleitenden Worten die wesentlichsten Probleme an, die nachfolgend von den Podiumsteilnehmern in ihren Kurzreferaten und in der Diskussion mit dem Publikum erörtert wurden: Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs, Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel, Verhinderung des Durchgangsverkehrs, Schrankenanlagen, Verkehrsberuhigung. Das Auto sei in der heutigen Gesellschaft eine Realität, betonte Diskussionsleiter Dr. Georg Sele, ein bequemes Verkehrsmittel, mit dessen Problemen man sich beschäftigen müsse.

Er unterstrich, dass nicht die Verteufelung des Autos die Zielsetzung der Veranstaltung darstelle, sondern die Suche nach neuen Ideen. Dabei müssen nach seiner Auffassung Ökonomie und Ökologie in Übereinstimmung gebracht werden.

Jeder der Podiumsteilnehmer bereite in seinem Spezialgebiet mit einem Kurzreferat die anschliessende Diskussion



Podiumsdiskussion über Verkehrsprobleme und Förderung des öffentlichen Verkehrs in unserem Land: von links Wilfried Marxer (LGU), Jörg Eschenmoser (PTT), Dr. Cornelia Gasser (Regierungsrätin, zuständig für Verkehr), Diskussionsleiter Dr. Georg Sele, Johann Mügg (Feldkircher Verkehrsbetriebe), Werner Kutschera (Sachbearbeiter Verkehr im Bauamt) und Herbert Meier, Leiter der Verkehrspolizei.

vor. Jörg Eschenmoser erläuterte die Verbesserungen für den öffentlichen Verkehr und stellte die Zunahme der Personenbeförderungen mit den Postautos in den letzten Jahren dar. Er erwähnte auch die möglichen Massnahmen zur weiteren Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs, wie Ortsbusse, Bedarfs-Kleinbusse, Schnellbusse, die bei entsprechender Nachfrage ergriffen werden könnten. Johann Mügg stellte in der Folge das Vorarlberger Verkehrskonzept vor, das sich während der jetzt einjährigen Anlaufperiode mit dem Landbus und dem Stadtbuss bewährt habe.

Regierungsrätin Dr. Cornelia Gasser und Sachbearbeiter Werner Kutschera befassten sich mit den Ergebnissen des

Ideenwettbewerbs Verkehr, dessen Ergebnisse nun zusammen mit einer Vernehmlassung in einer breiten Öffentlichkeit («Bürgerforum») diskutiert und umgesetzt werden sollen. Regierungsrätin Gasser sprach sich für «Mut zu Versuchen» aus, aber auch für periodische Kontrollen des Erfolgs und für den Einbezug aller interessierten Kreise. Zudem müssten die Massnahmen in Absprache mit den Nachbarn erfolgen, weil die Verkehrsprobleme nur regional gelöst werden könnten.

Der Leiter der Verkehrspolizei, Herbert Meier, erwähnte in seiner Darstellung des Zusammenhangs von Wohnbevölkerungs- und Motorfahrzeugentwicklung, dass unpopuläre Massnahmen er-

forderlich seien, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Unter Beifall sprach er sich für eine Abwendung des Durchgangsverkehrs aus Vorarlberg – vor dem Zollamt Schaanwald – in Richtung Schweiz aus.

Wilfried Marxer, Sekretär der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz, legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Schadstoffe und die Luftverschmutzung durch den Motorfahrzeugverkehr, was Massnahmen zur Verringerung des Mobilitätsverhaltens rechtfertige. Auch er forderte Mut für politische Entscheidungen, aber auch eine Änderung des persönlichen Verhaltens der Verkehrsteilnehmer in Richtung freiwilligen Verzichts.

Bauwirtschaft prognostiziert wieder Rückgang

Verschlechterung der Anlagenauslastung im 4. Quartal 1993 – Ertragslage weiterhin unbefriedigend

(G.M.) – Die Bauwirtschaft des Fürstentums Liechtenstein erwartet im 1. Quartal 1994 eine Verschlechterung der allgemeinen Lage, nachdem sich im letzten Quartal 1993 keine wesentliche Veränderung gegenüber den Vorquartalen zeigte. Auch bei den Auftragseingängen sind die Prognosen nicht sehr hoch gesteckt, die Ertragslage bewertet die Bauwirtschaft als weiterhin unbefriedigend.

Die vorstehenden Angaben gehen aus dem Konjunkturtest des Amtes für Volkswirtschaft hervor, der die Bewertung des 4. Quartals 1993 umfasst und einen Ausblick auf die kommenden Monate gibt. Die Ergebnisse des Konjunkturtests gehen auf die Antworten von 14 der 21 Betriebe der Bauwirtschaft zurück, die damit ein Rücklaufquote von 66,7 % erreichten. Die antwortenden Betriebe repräsentieren 76,1 % der Beschäftigten in der Bauwirtschaft.

In der Rückschau hat sich die allgemeine Lage für das Baugewerbe fortge-

setzt, wie aus der untenstehenden Graphik ersichtlich. Die Unternehmen des Baugewerbes sind skeptisch in der Einschätzung der künftigen Lage, denn rund drei Viertel der Unternehmen erwarten im 1. Quartal 1994 eine Verschlechterung der Situation, während nur ein Viertel von einer befriedigenden Geschäftslage ausgeht. Diese Einschätzung widerspricht den Zahlen der Baustatistik, die für das 4. Quartal 1993 sowohl mehr Baubewilligungen als auch ein höheres Bauvolumen und einen höheren Bauwert ausweist: Im Vergleich zum Vorjahresquartal wurden zwischen Oktober und Dezember 152 (90) Bauobjekte bewilligt, die ein Bauvolumen von 137 696 (48 282) Kubikmeter umfassen und Baukosten von 84,4 (37,8) Mio. Fr. umfassen.

Geringere Anlagenauslastung

Die Anlagenauslastung fiel im Berichtsquartal besser als erwartet aus.

Drei Viertel der Unternehmen, gewichtet nach der Beschäftigtenzahl, konnte von einer gleichbleibenden Auslastung berichten, nur ein Viertel meldete eine rückläufige Auslastung der Maschinen und Anlagen.

Für das 1. Quartal 1994 erwartet die Bauwirtschaft jedoch eine markant schlechtere Auslastung, was allerdings auch auf saisonale Gründe zurückgeführt werden kann.

Unbefriedigender Ertragsverlauf

In Übereinstimmung mit der nicht zufriedenstellenden Anlagenauslastung prognostiziert die Bauwirtschaft eine rückläufige Auftragsentwicklung, die sich bereits im 4. Quartal 1993 verschlechtert hatte. 40 % der Unternehmen erwarten eine gleichbleibende Situation, jedoch 60 % gehen von einem Rückgang aus. Der Ertragsverlauf ist nach Aussage der Baubranche nach wie vor unbefriedigend.

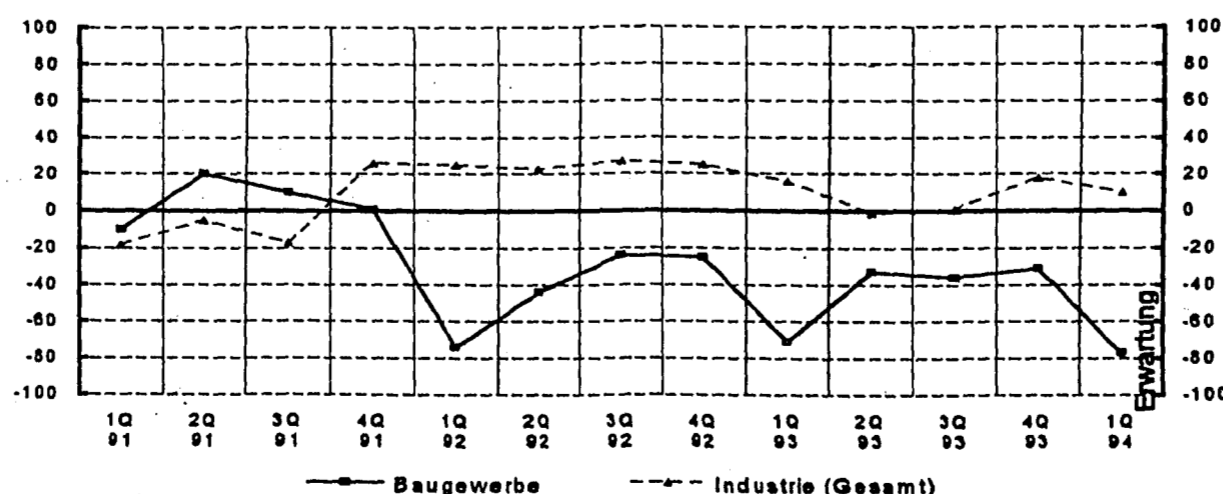
Schlagabtausch wegen CO₂-Abgaben

Bern (AP) Im Nationalrat ist es bei der Diskussion über die Senkung der CO₂-Emission zu einem Schlagabtausch zwischen links und rechts gekommen. Während die Grüne Fraktion ein konkretes Konzept für die Senkung des CO₂-Ausstosses forderte, bezeichnete die Auto-Partei die Klimakatastrophe als grössten Flop des Jahrtausends. Laut der vor acht Jahren erlassenen Luftreinhalteverordnung müssten am 1. März 1994 die Immissionsgrenzwerte gesamtschweizerisch eingehalten werden. Die Grüne Fraktion forderte gleichentags in einer Motion den Bundesrat auf, ein detailliertes Konzept vorzulegen, wie der CO₂-Ausstoss bis ins Jahr 2000 auf das Niveau von 1990 gesenkt werden könnte.

Anlagefonds erhalten besseren Nährboden

Bern (AP) Anlagefonds erhalten in absehbarer Zeit einen besseren Nährboden auf dem Finanzplatz Schweiz. Nach dem Nationalrat hiess am Dienstag auch der Ständerat das totalrevidierte Anlagefondsgesetz oppositionslos gut. Differenzen schuf die Kleine Kammer namentlich bei der Amtshilfe und bei der Rechtsgrundlage für Hypothekenanlegefonds. Das neue Anlagefondsgesetz soll der seit Jahren zu beobachtenden Abwanderung des Fondsgeschäfts auf den Finanzplatz Luxemburg Einhalt gebieten und zugleich den Anlegerschutz durch erhöhte Transparenz verbessern. Stossrichtung und Konzept des bundesrätlichen Entwurfs stiessen wie im vergangenen Winter im Nationalrat auch in der Kleinen Kammer nicht auf Widerstand. Ebenso wie der Nationalrat befand jedoch die Mehrheit des Ständerats, dass die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz zusätzlich mit fiskalischen Massnahmen unterstützt werden müsse.

Allgemeine Lagebeurteilung der Bauwirtschaft



Der Discovery leistet jetzt noch mehr. Auch beim Sparen.

Mit seinem neuen 3,9-Liter-Motor spart der neue Discovery am richtigen Ort. Beim Treibstoff und nicht bei der Leistung. Stellen Sie ihn doch einmal auf die Probe, dann können Sie auch gleich die Vorzüge seiner neu abgestimmten Aufhängung geniessen. Ab Fr. 43 600.-. Kommen Sie bei uns vorbei!

Garage Max Leck
9494 Schaan Tel. 075/232 62 65/66

DISCOVERY